



HESSISCHER LANDTAG

18. 02. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Niedrigschwellige Impfangebote fördern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass die Impfkampagne der Landesregierung bisher nicht zu einem ausreichenden Impffortschritt in sozio-ökonomisch benachteiligten Gruppen und Gebieten gesorgt hat.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine zielgerichtete Strategie zur Ansprache dieser Gruppen notwendig ist.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, niedrigschwellige Impfangebote zu fördern. Dafür muss die Landesregierung mit den sozialen Einrichtungen in den betroffenen Regionen wie der Tafel oder dem Paritätischen Verband kooperieren und dort Impf- und Informationsangebote verbreiten sowie bestehende Konzepte fördern.

Begründung:

Bremen ist Vorreiter der Impfkampagne in Deutschland. Das liegt unter anderem an der frühen Aufmerksamkeit, die dort den Gebieten mit einer sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerung gewidmet wurde. Die Regierung der Stadt hat Gesundheitsfachkräfte eingestellt und in die betroffenen Stadtteile geschickt, um Kontakt mit dem Quartiersmanagement, mit Ämtern, Kultur- und Sportvereinen oder religiösen Gemeinschaften aufzunehmen. So wurde beispielsweise in den KiTas mehrsprachiges Informationsmaterial bereitgestellt, das die Kinder an ihre Eltern weitergereicht haben. Durch das Schaffen einer Vertrauensbasis und den Abbau von Sprachbarrieren hat Bremen entgegen dem Trend in den Ermittlungen des Robert-Koch-Instituts auch in den Gegenden mit geringer deutschsprachiger Bevölkerung, niedrigem Einkommen und/oder Misstrauen mancher Menschen in staatliche Institutionen einen großen Erfolg in der Impfkampagne erzielen können. Die Ergebnisse des 9. Reports zur Corona-Lage des Robert-Koch-Instituts vom 3. Februar 2022 zeigen deutlich auf, dass zwar die Impfquote in den Gebieten, in denen sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen wohnen, niedriger liegt, gleichzeitig aber auch die Impfbereitschaft unter den dortigen Ungeimpften überdurchschnittlich hoch ist. Dass die Personen dann dennoch ungeimpft sind, liegt oftmals an Sprachbarrieren, an fehlender Zeit und Mobilität oder an einem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Die Landesregierung sollte sich folglich ein Beispiel an dem Vorreiter Bremen nehmen und die eigene Kampagne entsprechend aufstellen.

Wiesbaden, 18. Februar 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock